

Olaf Schulz:

**„Gemeinwesenmediation als Methode partizipativer Gemeinwesenarbeit.
Gestaltungsmöglichkeiten an der Schnittstelle zwischen privater und öffentlicher
Konfliktregelung.“**

Grin-Verlag als Print oder E-book erhältlich www.grin.com

ISBN 978-3-683-94571-4

Zusammenfassung:

Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit richtet sich auf die Frage, wie bei Mediationsfällen im Gemeinwesen die Wahrscheinlichkeit erhöht werden kann, dass die von BürgerInnen erarbeiteten Veränderungswünsche, wenn sie im Bereich öffentlichen Regelungsanspruchs liegen, auch von Politik und Verwaltung berücksichtigt und umgesetzt werden. Als praxisrelevante und handlungsorientierte Ergebnisse werden Ideen und Vorschläge zu dieser Frage auf Grundlage von Expertenbefragungen geprüft und ggf. erweitert werden. Die Fragestellung geht von der Erfahrung aus, dass sich in der Konfliktbearbeitung durch Gemeinwesenmediation (GWM) immer wieder der private Konfliktkontext mit öffentlichen Belangen überschneidet. Im Sinne von Partizipation bei Veränderungsprozessen z.B. in Stadtteilen kann das durchaus erfreulich sein, in der Praxis von Gemeinwesenmediation werden jedoch die Grenzen von Mediationsverfahren im Gemeinwesen immer wieder deutlich. Genauer Hinsehen führt den Betrachter direkt zum Spannungsverhältnis zwischen den unterschiedlichen Handlungslogiken, Verfahrensweisen und Rahmenbedingungen bei politisch-administrativen, rechtlichen und mediativen Verfahren in Deutschland. Der einschränkende Fokus der Betrachtungen liegt somit auf der Kopplung von GWM zum öffentlichen Bereich, da es dort wiederholt um Konfliktthemen geht, die zu ihrer Bearbeitung und Lösungsfindung letztlich einer im behördlichen Verfahren erzielten positiven politisch-administrativen Entscheidung bedürfen. In der Praxis zeigt sich dabei, dass Mediationsverfahren von den dann formal zuständigen Entscheidungsinstanzen sogar als Konkurrenz wahrgenommen werden können. Das betrifft auch die Frage nach der Legitimität einer solchen Beteiligungsform in einer repräsentativen Demokratie, in der das Mehrheitsprinzip sowohl die Verantwortlichkeit als auch die „Vernünftigkeit“ (staatlicher) Machtausübung gewährleisten soll. Diesem Anspruch an Regelungshoheit steht die Feststellung gegenüber, dass demokratisch legitimierte Institutionen nicht mehr die eigentlich erwünschte und praktizierte Legitimation vor den BürgerInnen bieten aufgrund eines hohen Maßes an Vereinnahmung der Vertretungsrechte und –funktionen durch das politisch-administrative System. Die Arbeit fragt nach den Bedingungen, die GWM braucht, um trotz dieser Schwierigkeiten im dargelegten Spannungsfeld erfolgreich praktiziert zu werden und gibt Antworten aufgrund vorliegender Literatur und den Erfahrungen ausgewiesener ExpertInnen.